

Peter Hintze

Rot-Grün – Bündnis gegen Arbeit

Bei der Debatte im Deutschen Bundestag am Donnerstag, 7. März 1996, erklärte Generalsekretär Peter Hintze u. a.: Die gestern veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen zeigen die Herausforderung: Aufgabe Nummer eins ist eine gemeinsame Anstrengung für mehr Investitionen und die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Für Wirtschaft und Arbeitsplätze ist nichts schädlicher als die quälende Verweigerungs- und Verschleppungspolitik rot-grüner Koalitionen. Der Standort Deutschland kann sich keine Politik leisten, die moderne Technik ablehnt und den Ausbau der Infrastruktur verhindert.

In einer Welt ohne trennende Grenzen ist die Konkurrenz der Standorte härter geworden. Welches Unternehmen bleibt an einem Standort, an dem Abgeordnete Demonstrationen und Widerstand gegen seine Tätigkeit androhen? Das Luftfrachtunternehmen TNT hat einen solchen Drohbrief von grünen Landtagsabgeordneten bekommen. Diese Firma geht jetzt von Köln nach Lüttich. Hunderte von Arbeitsplätzen gehen verloren. Das ist rot-grüne Wirtschaftsvertreibungspolitik.

Moderne Infrastrukturnetze sind die Lebensadern einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Wer die Infrastruktur blockiert, verspielt die Zukunft und vernichtet Arbeitsplätze.

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● **Asyl**

Erfolgreiche Politik der Bundesregierung muß fortgeführt werden. Seite 7

● **Theo Waigel**

Das Versagen der SPD in der Steuerpolitik. Seite 9

● **Manfred Kanther**

Erfolgreiche Bekämpfung der Kfz-Kriminalität. Seite 13

● **Flugblatt**

Arbeitsplätze schaffen – Renten sichern. Seite 20

● **Öffentlichkeitsarbeit**

Neu im Angebot: Umwelt-Illustrierte „Schöpfung bewahren“, Terminkalender für die Fußball-Europameisterschaft in England und eine neue Wandzeitung. Seite 21/24

● **Dokumentation**

Eckpunkte für das Arbeitsförderungsgesetz. Grüner Teil

UID-EXTRA

Satzung der Europäischen Volkspartei. Blauer Teil

Fortsetzung von Seite 1

Eines der erschreckendsten Beispiele liefert die rot-grüne Streitkoalition in Nordrhein-Westfalen. Es ist tragisch: In einer Zeit, in der alle Kräfte gebraucht werden, Wachstum und Beschäftigung zu fördern, besteht die Landespolitik in NRW nur noch aus einer Kette von Koalitionskrisen. Das industrielle Kernland Deutschlands wird gelähmt von unbegreiflichem Streit.

Wer kann denn ernsthaft bestreiten, daß eine moderne, konkurrenzfähige Wirtschaftsnation ein gut ausgebautes Luftverkehrsnetz braucht? Die Knebelung der NRW-Flughäfen ist ein direkter Angriff auf Arbeitsplätze und Wirtschaftschancen in diesem Land.

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ aus Essen titelte in der vergangenen Woche: „Grüne: Statt Flughafen Radwege bauen“.

Die Grünen-Abgeordnete Gisela Nacken hatte tatsächlich in einer Pressekonferenz gefordert, die für den Flughafen vorgesehenen Gelder in den Bau von Radwegen zu stecken. Sollen wir etwa die Zukunftsmärkte in Südostasien mit dem Fahrrad erstrampeln? Wer so etwas fordert, zeigt, daß er von den Nöten und von den Sorgen der Menschen um Arbeitsplätze nichts verstanden hat.

Nur noch Formelkompromisse

Weil die rot-grüne Koalition nicht platzen darf, weil sie krampfhaft weiter als angebliches Zukunftsmodell konserviert werden soll, wird der Streit um den Dortmunder Flughafen mit einem Formelkompromiß überdeckt. Das ist eine Krücke für die Gegenwart, aber keine Brücke in die Zukunft.

Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung in Düsseldorf liest sich wie eine einzige Infrastruktur-Blockade: Verhinderung der

Verlängerung der A 4, Verhinderung der A 44, Verhinderung der A 33, der A 542 und der A 565 sowie zahlreicher Bundesstraßen. Nicht einmal ein kleines Autobahnteilstück von 2,2 km zur Anbindung der Opel-Werke an die Autobahn ist ohne rot-grünen Streit realisierbar.

Es ist schon erklärungsbedürftig, mit welchem Recht Johannes Rau in meinem Wahlkreis Wuppertal die Situation der Automobilzulieferer beklagt, während er am Kabinetttisch gemeinsam mit den Grünen die Rahmenbedingungen für diesen Industriezweig systematisch verschlechtert. Rot-Grün verweigert dem Ruhrgebiet die dringend notwendige Südtangente Düsseldorf-Bochum-Dortmund. Rot-Grün blockiert insgesamt Straßeninvestitionen von 2,2 Mrd. DM. Das sind Tausende von Arbeitsplätzen im Tiefbau, die mutwillig zerstört werden. Das sind Hunderttausende von Autofahrern im quälenden Stau. Das ist Zukunftsblockade.

Zukunft wird verspielt

Was Rot-Grün in den letzten Wochen in NRW veranstaltet hat, spottet jeder Beschreibung. Ich kann nur sagen: Ein Bündnis, dem Krötenwanderwege wichtiger sind als Verkehrsnetze und Arbeitsplätze, verspielt die Zukunft. Eine rot-grüne Koalition, die ihren gemeinsamen Nenner darin findet, notwendige Straßen zu verhindern und den Ausbau von Flughäfen zu blockieren, schadet den Menschen.

Die rot-grüne Infrastrukturfreundlichkeit hat Tradition. Ich denke nur an die erbitterte Gegenwehr gegen den Rhein-Main-Donau-Kanal – heute eine der wichtigsten Wasserstraßen Europas. Ich erinnere an die Auseinandersetzung um den Frankfurter Flughafen. Was wäre wohl aus dem Standortvorteil der Region Frankfurt geworden ohne den Ausbau dieses zentralen Luftverkehrskreuzes? Es bleibt bis heute

ein Skandal, mit welch brutaler Gewalt Grüne und ihre Freunde gegen den Ausbau der Startbahn West vorgegangen sind.

Für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ist vor allem der Bau der Ostseeautobahn – der A 20 – von zentraler Bedeutung. Sie wissen genau: Die A 20 ist unabdingbare Voraussetzung dafür, daß sich in Mecklenburg-Vorpommern der Tourismus entfalten kann, daß die Wirtschaft wächst und neue Arbeitsplätze entstehen. Für die Menschen dort verbindet sich mit der A 20 ganz konkret Zukunft.

In Schleswig-Holstein aber haben die Grünen und Teile der SPD nichts Dringenderes zu tun, als gegen die A 20 Sturm zu laufen. Das nenne ich wirtschaftspolitisch töricht und gegenüber den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern unsolidarisch.

Arbeitsplätze gehen verloren

Ein ganz besonders trauriges Beispiel liefert Rot-Grün in Sachsen-Anhalt. Straßenbaumittel werden nicht abgerufen, Verkehrsprojekte werden verzögert und verhindert. Mit immer wieder neu angesetzten Planungsverfahren werden die Südharz-Autobahn, der Neubau der Bundesstraße 6 und die ICE-Schnellstrecke Nürnberg–Leipzig systematisch verschleppt.

Heute hält Sachsen-Anhalt den traurigen Spitzenplatz bei der Arbeitslosigkeit. Das ist die Bilanz einer Zusammenarbeit der rot-grünen Minderheitsregierung mit der PDS.

Die Menschen zahlen die Zeche für die rot-grüne Verweigerungspolitik. Heute gehen Arbeitsplätze verloren, für morgen Zukunftsperspektiven.

Ein Beispiel dafür ist die Magnetschwebebahn Transrapid. Die Koalition hat die Entscheidung für den Transrapid durchgesetzt – gegen den Widerstand von Grünen und Teilen der SPD. Es geht dabei zum ei-

nen um etwa 10 000 Arbeitsplätze, die unmittelbar mit dem Bau der Transrapid-Strecke verbunden sind.

Zum anderen und vor allem geht es aber darum, daß Deutschland den Anschluß an eine Spitzentechnologie der Zukunft hält. Die Magnetschwebebahn ist ein umweltfreundliches Transportmittel der Zukunft.

Wir werden im Wettstreit um lukrative Aufträge nur mithalten können, wenn wir den Nachweis unserer technologischen Leistungskraft führen – und zwar nicht nur auf den Blaupausen, sondern mit einer Referenzstrecke in Deutschland. Der Transrapid muß fahren, damit wir ihn verkaufen können. Und wir müssen ihn verkaufen, damit die Arbeitsplätze der Zukunft auf diesem Sektor nicht nur in Japan, Südkorea oder in den USA entstehen, sondern auch und vor allem in Deutschland.

Es ist mir unbegreiflich, daß die Bedeutung eines solchen Projektes von SPD und Grünen nicht gesehen wird. Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben im Bundesrat bis zuletzt dagegen gestimmt. Erst vor wenigen Wochen hat Frau Simonis hier im Deutschen Bundestag in der Debatte um den Jahreswirtschaftsbericht gesprochen. Ausgerechnet in der Debatte, die sich um die Stärkung der Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen drehte, hat Frau Simonis den Kern ihrer Rede einer Tirade gegen den Transrapid gewidmet. Mit dieser Rede bot Frau Simonis ein lebendiges Beispiel dafür, wie sich in der SPD Infrastrukturföndlichkeit mit Technologieföndlichkeit zur Zukunftsverweigerung verflechten.

Nur noch Blockadepolitik

Das Beispiel Transrapid ist kein Einzelfall. Auch in anderen Bundesländern werden Zukunftstechnologien systematisch blockiert und damit Arbeitsplätze vertrieben.

Beispiel Rot-Grün in Hessen: In einem Bereich hat sich die Regierung Eichel einen Namen gemacht – als fanatische Gegnerin der Gentechnik. Der Entwicklung dieses wichtigen Zukunftszweiges hat die rot-grüne Landesregierung immer ein erbittertes Nein entgegengestellt.

- **1993 hat Hessen als einziges Bundesland gegen die Novellierung des Gentechnikgesetzes gestimmt.**
- **1995 wurde die Ablehnung der Gentechnik einmal mehr im rot-grünen Koalitionsvertrag festgehalten.**
- **Und im selben Jahr förderte die Landesregierung auch noch aus öffentlichen Mitteln einen Kongreß gegen die Gentechnik.**

Und was passiert dann? Ausgerechnet die rot-grüne Eichel-Regierung bewirbt sich nun bei dem von Bundesforschungsminister Rüttgers ausgeschriebenen Wettbewerb „BioRegio 2000“. Da bewirbt sich der Bock als Gärtner.

NRW, Schleswig-Holstein, Hessen – die Bilder gleichen sich. Das gilt auch für Rheinland-Pfalz. Unter der Verantwortung von Herrn Beck ist die Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz im Vergleich der westdeutschen Flächenländer weit überdurchschnittlich gestiegen.

Das Versagen der SPD

Eine Politik des Ver Stolperns, Verzögerns und Verhinderns ist verantwortungslos. Darin stehen sich SPD und Grüne nicht viel nach. Unterschiedlich sind nur die Motive: Die Grünen und Teile der SPD

wollen nicht – aus ideologischen Gründen. Andere Sozialdemokraten können nicht, weil sie die Finanzen heruntergewirtschaftet haben. Die einen haben die Hürde im Kopf, die anderen das Loch im Beutel. Das Ergebnis bleibt sich gleich: Notwendige Infrastrukturentscheidungen finden nicht statt.

Wen kann es noch wundern, daß Niedersachsen und das Saarland nicht mehr in den Ausbau ihrer Infrastruktur investieren? Beide Länder sind traurige Beispiele dafür, wie SPD-Ministerpräsidenten ihre Landeshaushalt gegen die Wand fahren.

Da ist Herr Schröder. Derselbe Ministerpräsident, der sich zum wirtschaftspolitischen Gewissen der SPD aufwirft, hat in Niedersachsen ein wirtschafts- und finanzpolitisches Desaster angerichtet:

Niedersachsen hat mittlerweile die höchste Arbeitslosigkeit aller westdeutschen Flächenländer.

Und da ist Herr Lafontaine: Unter seiner Führung weist das Saarland die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer aus.

Jetzt erkennen wir das Prinzip der Ämterverteilung bei der SPD. Wer die höchste Arbeitslosigkeit vorweisen kann, wird wirtschaftspolitischer Sprecher. Wer die meisten Schulden macht, wird Vorsitzender. Und Kanzlerkandidat wird, wer den Kombinationswettbewerb aus beidem gewinnt.

Deutschland braucht in den Ländern eine Politik, die für eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur sorgt, die Investitionen Vorrang gibt und Arbeitsplätze sichert. Was wir nicht gebrauchen können, ist ein rot-grünes Bündnis gegen Arbeit.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Zitat

Lieber ein Ende mit Schrecken

Auch die Mitglieder der nordrhein-westfälischen Landesregierung stehen in der Verpflichtung, Schaden von den Bürgern dieses Landes abzuwenden und ihren Nutzen zu mehren. Sie werden dieser Verpflichtung zur Zeit nicht gerecht. Was sich – ausgelöst durch grüne Fundamentalisten – die Regierenden in Düsseldorf in diesen Tagen leisten, stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten. Neun Monate ist Rot-Grün im Amt, Politik hat es in dieser Zeit so gut wie nicht gegeben, Selbstbeschäftigung wurde zur Daueraufgabe. Dies kann nicht im Interesse eines der größten und industriereichsten Länder der Bundesrepublik sein.

Wo kommen wir hin, wenn die Frage des Ausbaus eines Regionalflughafens, den bisher kaum einer kannte, zur Koalitionskrise führen kann? Wo kommen wir hin, wenn sich leibhaftige Minister allen Ernstes stundenlang mit der Frage beschäftigen, ob man Millionen für die Renovierung einer Abflughalle investieren darf? Kann es sein, daß derartige Entscheidungen davon abhängen, ob ein Kreisverband der Grünen – der in Dortmund – diesen Plänen zustimmt?

Nein, das alles kann und das darf nicht sein. Rot und Grün sind zusammengegangen, weil es rechnerisch nur eine Alternative der großen Koalition gab, die Johannes Rau nicht attraktiv erschien. Doch neun Monate nach der Eheschließung muß man sagen, daß die rot-grüne Verbindung gescheitert ist. Hoffentlich leisten sie sich vor der Scheidung nicht den Luxus eines Trennungsjahres!

Rot-Grün hat bisher nichts zustande gebracht, sondern – siehe Flughafen Köln-Bonn – konkret geschadet. Die Koalition ist, insbesondere von der SPD, nicht wirklich gewollt, und sie hat auch deshalb keine Perspektive. Daß trotz des vermeintlichen Einlenkens der Grünen ein Ende dieser Quälerei nicht abzusehen ist, liegt an der Schwäche der Handelnden. Johannes Rau, der deutlich angeschlagene Regierungschef, nimmt die Fäden nicht in die Hand, sondern wartet, bis sein Wirtschaftsminister ins Land zurückgekehrt ist. Nur der scheint erkannt zu haben, daß ein Ende mit Schrecken besser ist als ein Schrecken ohne Ende.

Bonner Generalanzeiger, 6. März 1996

Grüne: Arbeitsplatz-Vertilgungs GmbH

Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, hat sich nachdrücklich für die Bildung einer Großen Koalition von SPD und CDU in Düsseldorf eingesetzt. „Es ist keine Zeit zu verlieren. In schweren Zeiten braucht das Land eine starke Regierung“, sagte Blüm in einem Gespräch mit der „Rheinischen Post“ in Düsseldorf. Der häufig zu hörende Ein-

wand, eine Große Koalition solle es tunlichst nur in Notsituationen geben, sei zutreffend – „doch wir haben den Notfall jetzt“. In NRW gingen Arbeitsplätze verloren, weil die rot-grüne Regierung keine Entscheidung treffe. Sie sei auch gar nicht entscheidungsfähig, solange sich die Grünen als „Arbeitsplatz-Vertilgungs GmbH“ aufführten, sagte Blüm.

Zum Bericht der Wehrbeauftragten

Claire Marienfeld: „Wer Leistung will muß Sinn vermitteln“

Die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Claire Marienfeld, legte in ihrem ersten Bericht als Wehrbeauftragte fest, daß nach ihrem Amtsverständnis eine Kontrolle der Bundeswehr nicht nur die Grundsätze der Inneren Führung und Verletzungen von Grundrechten der Soldaten zum Gegenstand haben soll, sondern desgleichen auch das zwischenmenschliche Klima in den militärischen Einheiten. Nicht selten fehle dabei den Vorgesetzten die nötige Wachsamkeit und den Untergebenen die Zivilcourage, um sich bei Vorfällen zu wehren.

Als wesentlicher Eckpfeiler beim Umgang mit den Soldaten nennt Frau Marienfeld das „Prinzip der Sozialstaatlichkeit“. Die hohe Zahl der Kriegsdienstverweigerer zwingt jedoch die Gesellschaft zur Rückbesinnung: Immer mehr Bürger gingen von einer freien Wahl zwischen Wehrdienst und Zivildienst aus. Dabei sei der Dienst in den Streitkräften eine notwendige, gemeinschaftsbezogene Bürgerpflicht zur äußeren Sicherung der Verfassungsordnung. Soldaten sichern den äußeren Frieden und das Recht und die Freiheit der deutschen Bevölkerung; somit erfüllen sie eine zentrale Funktion des Gemeinwesens. Daher solle der Dienst und die soziale Sicherheit sowohl für Wehrdienstleistende als auch für Zeit- und Berufssoldaten, so zu gestalten sein, daß das Dienen wieder eine angemessene Wertschätzung fände. Dabei sei auch die Bundeswehr selbst gefordert, den Wehrdienst durch eine Sinnvermittlung, überzeugende Dienstgestaltung, vernünftigen Umgangston und eine

zeitgemäße Ausbildung zugkräftiger zu gestalten.

Hinsichtlich der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober 1995 zur Äußerung „Soldaten sind Mörder“, welche bei vielen Soldaten auf Unverständnis gestoßen ist, betont die Wehrbeauftragte ausdrücklich, daß „alle maßgeblichen Stellen dem Ehrenschatz der Soldaten den ihm zustehenden hohen Stellenwert“ zugestehen sollen.

Positiv begrüßt wurde die Feststellung, daß in der Bundeswehr keine rechtsextremistische Entwicklung zu erkennen sei. Die vielfachen Initiativen der Bundeswehr, den Soldaten die Auswirkungen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes nahezubringen, scheinen von Nutzen zu sein.

Der Aspekt der Attraktivitätssteigerung entspricht der Forderung der Verteidigungspolitik der CDU/CSU. Seit Jahresbeginn wurden zur Senkung von Belastungen zahlreiche Verbesserungen für die Soldaten auf Anregung der CDU/CSU hin in Kraft gesetzt. Bundesverteidigungsminister Volker Rühe lobte den Jahresbericht der Wehrbeauftragten als „umfassende und differenzierte Darstellung der inneren Lage der Bundeswehr“.

In bezug auf die Zukunft ermahnt Frau Marienfeld, daß Maßnahmen, die die Bundeswehr betreffen, vor allem nicht ohne den Blick auf die Nachwuchsgewinnung getroffen werden sollten. Kritische Aufgeschlossenheit gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen sei eine wesentliche Voraussetzung für die Integration der Bundeswehr in der Gesellschaft, denn „die Soldaten der Bundeswehr brauchen und sollen sich nicht verstecken“.

Erfolgreiche Asylpolitik der Bundesregierung fortsetzen

Die Mehrheit der Bundesländer hat in der letzten Sitzung des Bundesrates einer Änderung von Gesetzen im Bereich des Asyl- und Sozialrechts nicht zugestimmt, sondern den Vermittlungsausschuß angerufen. Damit ist vorerst auch die dringend erforderliche Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes gestoppt worden. Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) hält dies für außerordentlich bedenklich.

Ziel der Gesetzesänderung ist vor allem eine stärkere Berücksichtigung des Sachleistungsprinzips im Asylbewerberleistungsgesetz. Nach den Vorschlägen der Bundesregierung, die der Deutsche Bundestag im Februar so beschlossen hat, sollen Asylbewerber über das erste Jahr hinaus alle erforderlichen Güter als Sachleistungen erhalten.

Der BACDJ unterstützt diese Vorschläge nachdrücklich: Zum einen wird dem international operierenden Schlepperunwesen die Grundlage entzogen, wenn Menschen keinen Anreiz mehr haben, allein aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik zu kommen. Zum anderen erhält die öffentliche Hand endlich finanzielle Entlastung. Es steht außer Zweifel, daß die vor allem betroffenen Kommunen die erheblichen Kosten - allein im Jahr 1993 waren es 15,5 Mrd. DM - in Zukunft nicht mehr tragen können. Schließlich dient die Gesetzesänderung einer gerechteren Verteilung von Leistungen unter Asylbewerbern selbst. Es besteht kein sachlicher Grund dafür, daß Asylsuchende nach 12 Monaten Aufenthalt in Deutschland plötzlich Sozialhilfe anstelle von Sachleistungen erhalten, obwohl sich ihre konkrete Lebenssituation nicht geändert hat.

Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, wenn die SPD-regierten Länder die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen ablehnen und Teile der SPD diese sogar als „rechtsstaatlich empörend“ und als „Verstoß gegen die Menschenwürde“ bezeichnen. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bieten gerade die Voraussetzungen dafür, daß Asylsuchende im Rahmen des Asylverfahrens in Deutschland ein menschenwürdiges Leben führen können.

Die CDU-Juristen erklärten abschließend einhellig: „Die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahren wie kein anderes Land Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge bei sich aufgenommen. Etwa die Hälfte der in den Staaten der Europäischen Union Asylsuchenden kommen nach Deutschland. Wer die jetzt vorgelegten notwendigen Verbesserungen ablehnt, gefährdet auf lange Sicht die Akzeptanz des Asylkompromisses und berücksichtigt nicht ausreichend die Interessen der hiesigen Bevölkerung.“

Der BACDJ fordert die SPD auf, im Rahmen des Vermittlungsverfahrens parteitaktische Überlegungen zurückzustellen und den Änderungen zum Sachleistungsprinzip zuzustimmen. Die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat für die Haltung von SPD und Grünen kein Verständnis.

Die Zahl der neuen Asylbewerber ist im Februar im Vergleich zum Vormonat um rund 30 Prozent auf 9 292 Personen gesunken.

Im Februar vor einem Jahr lag die Zahl ähnlich niedrig bei 9 212 Hauptberufsländer waren die Türkei (1904 Anträge) sowie Serbien und Montenegro (1701). ■

Wußten Sie, daß

- 15 der 16 Landesbehörden für Verfassungsschutz sich mit der PDS befassen? Nur in Brandenburg muß der Verfassungsschutz wegschauen, wenn es um die PDS geht.
- die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage „Verfassungsfeindliche Bestrebungen der PDS und ihres Umfeldes“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion festgestellt hat:

„Programmatik und politisch-ideologisches Selbstverständnis weisen die PDS als eine Partei mit Anspruch auf

Systemüberwindung aus. Die PDS steht der Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ablehnend gegenüber.“ (BT-Drucksache 13/3596)

- die PDS Demonstrationen anmeldet, bei denen zumindest ein Teil der Demonstranten eindeutig dem linksextremistischen Spektrum angehört?

Das trifft zum Beispiel zu für die „Demonstration des – maßgeblich von Linksextremisten getragenen – Bündnisses „3.10. – Es gibt nichts zu feiern gegen die Feiern zum Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober 1995 in Düsseldorf.“ (BT-Drucksache 13/3596)

- die Demonstration „Radikal ins nächste Jahrtausend“ am 16. Dezember 1995 vom Landesge-

schäftsführer der PDS/Linke Liste (LL) Hamburg, Andreas Grünwald, angemeldet wurde?

„Auf der Veranstaltung bekundeten überwiegend Autonome und linksextremistisch orientierte Antifagruppen ihre Solidarität mit der Untergrundzeitschrift „radikal„ und protestierten gegen angebliche staatliche Repression. Es kam zu gewaltsamen Ausschreitungen...“ (BT-Drucksache 13/3596)

Was Sie über Lafontaines

Wunschpartner wissen sollten

- bei der Bundestagswahl 1994 auf der nordrhein-westfälischen Landesliste der PDS 11 von 13 Kandidaten vertreten waren, die sich zuvor bei der Deutschen Kommunistischen Partei, dem Kommunistischen Bund, dem Marxistischen Studentinnen- und Studentenbund Spartakus, der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten, dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands, dem Bund Westdeutscher Kommunisten und der Vereinigten Sozialistischen Partei betätigt haben? (Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, Superwahljahr 1994/95: Extremistische Parteien und Gruppierungen in NRW, S. 104)

Theo Waigel:

Das Versagen der SPD in der Steuerpolitik

Es ist schon erstaunlich, mit welcher Chuzpe die SPD-Fraktion ihr langjähriges Versagen in der Steuerpolitik durch den populistischen Antrag „Für eine gerechte und einfache Einkommensbesteuerung“ zu übertünchen versucht. Die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache:

Am 1. Januar 1996 ist das Jahressteuergesetz 1996 wirksam geworden. Nach unserem Willen hätte es eine Nettosteuerentlastung von 22,5 Mrd. DM gegeben. Zusammen mit dem ersatzlosen Wegfall des Kohlepennings wäre dies ein noch kräftigerer Impuls zur Stärkung des Konsums gewesen, den wir in der jetzigen konjunkturellen Lage gut gebrauchen könnten. Die SPD hat das mit ihrer Mehrheit im Bundesrat verhindert. Die SPD-Länder wollten unsere Bürger nur um 10 bis 12 Mrd. DM netto entlasten. Es ist unser Verdienst, wenn die Bürger jetzt immerhin netto rund 19 Mrd. DM weniger Steuern zahlen als noch ein Jahr zuvor.

Durch den neuen Grundfreibetrag beim Einkommensteuertarif werden im Vergleich zu der bis 1995 geltenden Übergangsregelung weitere 1,4 Mio. Steuerpflichtige aus der Steuerpflicht entlassen. 11,5 Mio. Bürger zahlen in diesem Jahr überhaupt keinen Solidaritätszuschlag. Die SPD hat hingegen dafür gesorgt, daß die Belastungen durch die Gegenfinanzierung im Jahressteuergesetz insbesondere von den Steuerpflichtigen getragen werden müssen, die durch den neuen Tarif nicht entlastet werden.

Ich nenne nur die Stichworte Dienstwagen, Arbeitszimmer und doppelte Haushaltsführung – dafür ist die SPD verantwortlich.

Mit der Neuregelung der Steuerfreistellung des Existenzminimums ist eine verfassungsgerechte Einkommensbesteuerung bis einschließlich 1999 hierfür eingesetzt, für den neuen Familienleistungsausgleich weitere rund 7 Mrd. DM ab 1996 und nochmals rund 4 Mrd. DM ab 1997.

Dies haben wir erreicht, obwohl mit der Deutschen Einheit bisher in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht gekannte Herausforderungen bewältigt werden mußten. Wie hoch war denn der steuerliche Kinderfreibetrag im Jahre 1982, als die SPD noch die Regierungsverantwortung hatte? Null DM! Es war die unionsgeführte Bundesregierung, die den Kinderfreibetrag im Jahre 1983 wieder eingeführt und ihn schrittweise auf die jetzige Höhe von 6.264 DM ausgebaut hat. Wir haben mit der Konsolidierungspolitik und einer wachstumsorientierten Steuerpolitik in den achtziger Jahren den Karren wieder flott gemacht und 3 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen, nachdem die SPD mit ihrer Schulden- und Umverteilungspolitik unsere Volkswirtschaft nahezu stranguliert hatte.

Diese Bundesregierung wird auf dem Steuersenkungspfad unbeirrbar fortschreiten. Durch eine weiterhin strikte Haushaltskonsolidierung werden wir die Staatsquote bis zum Jahr 2000 von jetzt 50 auf rund 46 Prozent senken, die entstehenden Handlungs-

Frischluff-Hörfunk-Seminar „Wir funken dazwischen“

Über den Kreisverband Leverkusen bietet der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft die Teilnahme an einem Hörfunk-Seminar. Teilnehmen können alle Interessenten am lokalen Bürgerfunk und jene, die auch einmal eigene Beiträge produzieren möchten. Bei dem Seminar werden die Grundlagen von Recherche, Interview und Schnitt von Hörfunkbeiträgen vermittelt.

Das Seminar findet statt vom Samstag, 13. April, 12.30 Uhr, bis Sonn-

tag, 14. April, 16 Uhr, in der Karl-Arnold-Akademie in Bonn. Der Teilnehmerbeitrag beträgt 40 DM inklusive Übernachtung und Verpflegung, jedoch ohne Fahrtkosten.

Interessenten melden sich bitte bei:

Frischluff Leverkusen e.V.
Postfach 15 02 32
51344 Leverkusen
Telefon (02 14) 2 33 24
Telefax (02 14) 2 33 12

Brok CDU-Vorsitzender in Ostwestfalen

Der Bielefelder Europaabgeordnete Elmar Brok ist neuer Vorsitzender der ostwestfälischen CDU. Mit großer Mehrheit wurde er von den Delegierten eines Bezirksparteitages in Bielefeld gewählt. Brok ist Nachfolger des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Reinhard Göhner (Kirchlengern/Kreis Herford), der nicht mehr kandidiert hatte.

Niedrigste Teuerungsrate

Erste Meldungen aus einzelnen Bundesländern (Hessen und Baden-Württemberg) deuten darauf hin, daß sich der Auftrieb der Verbraucherpreise insgesamt in Westdeutschland im Februar im Vorjahresvergleich weiter abgeschwächt haben könnte. Danach würde die Teuerungsrate, hochgerechnet auf das frühere Bundesgebiet, bei 1,3 Prozent liegen. Das wäre die niedrigste Inflationsrate seit 1988.

spielräume für eine gleichgewichtige Steuer- und Abgaben- sowie Defizitsenkung nutzen.

Das inszenierte Wahlkampfgetöse der Opposition kann es nicht übertünchen: Sie haben außer Polemik nichts anzubieten, schon gar nicht eine Steuerpolitik, die neue Arbeitsplätze schafft.

Das hat die SPD „durchgeboxt“

Die Beschwerden der Bürger über negative Auswirkungen des Jahressteuergesetzes 1996

- die steuerliche Einschränkung der doppelten Haushaltsführung,
- die Einschränkung bei den häuslichen Arbeitszimmern,
- die steuerliche Neuregelung über die Dienswagen,

um nur einige zu nennen, sind über die SPD-Mehrheit im Bundesrat durch den Vermittlungsausschuß in das Jahressteuergesetz 96 hineingeboxt worden.

Reform der Sozialhilfe: Behutsam umbauen

Im September 1995 hat die CDU-geführte Bundesregierung die Reform der Sozialhilfe auf den Weg gebracht und am 29. Februar 1996 im Deutschen Bundestag verabschiedet. Sie wird voraussichtlich am 22. März 1996 im Bundesrat behandelt.

Ziel der Reform der Sozialhilfe ist es, von vorneherein Sozialhilfebedürftigkeit zu verhindern. Es wird nicht nur gespart, sondern auch gestaltet. Dieser präventive Auftrag steht im Zentrum der Reform der Sozialhilfe. Die Möglichkeiten, Arbeit für Sozialhilfeempfänger anzubieten, wird verstärkt.

Wichtige Eckpunkte der Reform sind:

- Kommunen sollen Sozialhilfeempfänger in Arbeit bringen

Durch gezielte Maßnahmen sollen die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger in Arbeit gebracht werden. Zu ihnen gehören:

- befristete Zuschüsse an Sozialhilfeempfänger,

- Zuschüsse in Höhe von bis 25 Mark pro Tag an

- Kürzung der Sozialhilfe bei Verweigerung der Hilfe zur Arbeit um 25 Prozent, wenn ein Sozialhilfeempfänger die Annahme einer zumutbaren Arbeit verweigert,

- bessere Koordination zwischen Sozialämtern und Arbeitsämtern.

Weniger Bürokratie führt zur Entlastung der Sozialämter

Wenn die Sozialämter keine Vorschüsse für vorrangige Sozialleistungsträger – wie die Arbeitslosenversicherung – mehr leisten müssen, sinkt die Zahl der Sozialhilfeempfänger um rund 300.000.

Gleiches Sozialhilfeniveau in Deutschland

Wenn die Sozialhilfereform pünktlich zum 1. Juli 1996 in Kraft tritt, erhalten die Menschen in den neuen Bundesländern die gleichen Leistungen wie die Menschen in den alten Bundesländern.

Spürbare Entlastung der Kommunen

Die Regelsätze werden bis 1998 nur in dem Umfang angehoben, wie die Nettolöhne der Arbeitnehmer steigen. Dadurch werden die Kommunen um 1,05 Milliarden Mark entlastet. Bis 1999 soll ein neues System zur Festsetzung der Regelsätze entwickelt werden. Wer, wie die SPD, den Eindruck erweckt, daß die Entscheidung über eine neues Bemessungssystem bereits gefallen sei, sagt die Unwahrheit.

Obdachlosigkeit vermeiden

Obdachlosigkeit kommt die Kommunen siebenmal teurer als vorbeugende Hilfe zum Erhalt der Wohnung. Daher sollen die Amtsgerichte den Sozialhilfeträgern Räumungsklagen melden, damit notfalls, bevor Obdachlosigkeit droht, rückständige Mieten übernommen werden können.

● Mehrbedarfszuschlag für ältere und erwerbsunfähige Personen streichen

Nach dem derzeitigen Recht erhalten ältere (ab 65 Jahre) oder erwerbsunfähige Menschen einen pauschalen Mehrbedarf von 20 Prozent des Regelsatzes, unabhängig davon, ob ein Mehrbedarf im Einzelfall tatsächlich durch Alter oder Krankheit vorliegt. Zukünftig wird die bedarfsunabhängige Besserstellung mit 65 Jahren für

Sozialhilfeempfänger aufgehoben.

Bei der Schaffung des Bundessozialhilfegesetzes und der Mehrbedarfsregelung Anfang der 60er Jahre wurde davon ausgegangen, daß ältere Menschen infolge ihres Alters regelmäßig einen zusätzlichen Bedarf für die Verminderung ihrer Leistungsfähigkeit und Beweglichkeit haben. In den 60er Jahren waren ein Viertel der Sozialhilfeempfänger 65 Jahre und älter, 1993 (letzte verfügbare Zahl) waren nur noch rund sechs Prozent dieser Altersgruppe auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Aufgrund der steigenden Einkünfte aus Renten nimmt die Bedürftigkeit im Alter ab.

Alle, die heute einen Mehrbedarf erhalten, werden ihn auch zukünftig haben. Eine Besitzstandswahrung wird vorgenommen. Außerdem besteht unabhängig weiterhin die Möglichkeit, nach dem § 22 Abs. 1 Satz 2, nach dem § 11 Abs. 3 und nach dem § 68 Bundessozialhilfegesetz Hilfe für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu gewähren. Dies gilt auch für Menschen, deren Beeinträchtigung unterhalb der Leistungen der Pflegestufe I der Pflegeversicherung liegen.

● Vorrang der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen bleibt erhalten

Der Vorrang der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen vor privat-gewerblichen Anbietern bleibt erhalten. In § 93 Abs 1 Satz 2 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) wird eine völlige Gleichrangigkeit zwischen Verbänden, Kirchen und Privat-Gewerblichen beim Abschluß von Vereinbarungen festgeschrieben. Damit kann der Träger der Sozialhilfe auch bei gleichem Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung frei zwischen allen Anbietern auswählen. Für Behinderte innerhalb von Werkstätten für Behinderte wird eine arbeitnehmerähnliche Rechtsstellung geschaffen.

● Asylbewerber sollen bei Sozialhilfe gleich behandelt werden

Asylbewerber und Ausländer, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten, sollen künftig bei der Sozialhilfe gleich behandelt werden. Die notwendigen Änderungen des Asylbewerberleistungsgesetzes und anderer Gesetze, in denen Entsprechendes vorgesehen ist, wurde am 8. Februar 1996 vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Am 1. März 1996 wurde hierzu der Vermittlungsausschuß vom Bundesrat angerufen.

Vorgesehen ist nun, daß mit Ausnahme der Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge alle Ausländer und Asylbewerber, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten, die gleichen Leistungen – in der Regel Sachleistungen – erhalten. Damit soll der Bedarf an Nahrung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie an Verbrauchsgütern des Haushalts abgedeckt werden.

Zu der Sachleistung kommt den Angaben zufolge ein monatlicher Geldbetrag zur „Deckung der persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens“. Außerdem ist nach den neuen Regelungen die ärztliche und zahnärztliche Versorgung bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen gewährleistet. Wenn die Gewährung von Sachleistungen nicht möglich ist, soll „ein um die Integrationskosten verminderter Regelsatz bezahlt“ werden.

30 Milliarden für die Bahn

Die Bundesregierung fördert den Schienenverkehr. Fast 30 Milliarden Mark will sie in den kommenden vier Jahren in die Bahn investieren, wie sie auf eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen mitteilte. Zusätzlich bringe die Deutsche Bahn AG knapp sieben Milliarden Mark aus eigenen Mitteln auf.

Manfred Kanther:

Erfolge bei der Bekämpfung der Kfz-Kriminalität

Die von der Bundesregierung zur Bekämpfung der Kfz-Kriminalität ergriffenen Initiativen haben deutlich Wirkung gezeigt. Der Anstieg der Kfz-Kriminalität, der in 1993 mit 144.000 gestohlenen Kraftfahrzeugen einen traurigen Höhepunkt erreichte, ist gestoppt.

Der schon 1994 erkennbare Rückgang von Kfz-Diebstählen hat sich 1995 verstärkt: Die Zahl gestohlener Kraftfahrzeuge sank nach den Inpol-Fahndungsdaten von 142.113 im Jahr 1994 auf 129.652 im Jahr 1995. Dies ist ein Rückgang von 8,7 Prozent. Bei den auf Dauer verschwundenen Pkw ist sogar ein Rückgang von 15,5 Prozent von 54.616 im Jahr 1994 auf 46.301 im Jahr 1995 festzustellen. Zwei Faktoren, die beide aus Initiativen der Bundesregierung resultieren, tragen dazu maßgeblich bei:

- die zunehmende Ausstattung mit elektronischen Wegfahrsperrern und
- neue Fahndungskonzepte.

Um dem Kriminalitätsanstieg entgegenzuwirken, habe ich schon im Herbst 1993 Vertreter von Industrie, Versicherung und Sicherheitsbehörden zu einem Sicherheitsforum Kfz-Kriminalität eingeladen und mich in Brüssel für die Einführung einer elektronischen Wegfahrsperrung als Pflicht in der gesamten EU eingesetzt. Mit Erfolg: Alle deutschen Hersteller rüsten ihre Modelle seit Januar 1995 serienmäßig mit einer elektronischen Wegfahrsperrung aus. Sonderregelungen bestehen lediglich für Auslaufmodelle und Dieselfahrzeuge. Auch bei den ausländischen Herstellern ist

bereits weitgehend eine serienmäßige Ausstattung mit elektronischen Wegfahrsperrern erfolgt. In Europa wird die Pflicht für Einbau von elektronischen Wegfahrsperrern 1997/98 schrittweise eingeführt.

Der Rückgang der festgestellten Diebstahlsfälle bei fast allen Fahrzeugfabrikanten hat erwiesen, daß sich die zunehmende Ausstattung hoch- und neuwertiger Fahrzeuge mit der elektronischen Wegfahrsperrung bewährt hat. Seit ihrer Einführung am 1. Januar 1995 bis Februar 1996 ist den Polizeibehörden kein Fall bekannt geworden, in dem die elektronische Wegfahrsperrung am Ort des Diebstahls überwunden werden konnte. Die Polizei geht nach wie vor davon aus, daß sämtliche Diebstähle von Kraftfahrzeugen mit elektronischer Wegfahrsperrung aus Vortäuschungen, dem Abschleppen des Fahrzeuges oder dem Entwenden des Kfz-Schlüssels resultieren. Die Einführung der elektronischen Wegfahrsperrung hat sich in der Praxis voll bewährt.

Darüber hinaus ist der signifikante Rückgang im Bereich der auf Dauer abhanden gekommenen Fahrzeuge maßgeblich auf den erhöhten Fahndungsdruck der deutschen Polizei, im Inland und an den Grenzen, zurückzuführen.

Auch die Versicherungsgesellschaften haben durch eine Änderung ihrer Verträge einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Kfz-Diebstähle geleistet. Nach dem Auslaufen der Altverträge bei der Vollkaskoversicherung zum 1. Juli 1995 wird der Neupreis nicht mehr wie bisher für ein Kfz bis zum

Dirk Fischer: Autofahrer sollen kräftig „gemolken“ werden

Die Grünen wollen Benzinpreis sofort erhöhen

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg), erklärte zu den aktuellen verkehrspolitischen Schwerpunkten von Bündnis 90/Die Grünen: Die Forderung von Bündnis 90/Die Grünen, den Benzinpreis sofort um 0,50 DM und in den Folgejahren um je 0,30 DM zu erhöhen – was einem Benzinpreis von 5 DM im Jahr 2005 entspricht –, ist absolut unverantwortbar.

Die Grünen haben auf der Suche nach neuen Geldquellen wieder einmal den Autofahrer im Visier und geraten dabei außer Rand und Band. Natürlich müssen sie in ihrer Goldgräberstimmung noch die Forderungen der SPD übertreffen, die die Steuer auf Benzin sofort um 0,10 DM/l erhöhen will.

Diese Politik ohne jegliches Augenmaß verschlechtert massiv die Wettbewerbsposition des Standortes Deutschlands. Wird von Bündnis 90/Die Grünen ständig die Arbeitsmarktsituation beklagt, ist ihre Forderung nach dieser gigantischen Steuererhöhung völlig kontraproduktiv. Im übrigen sind wir schon heute in der EU in der Spitzengruppe bei der Mineralölsteuerbelastung. Es ist daher überhaupt kein Spielraum vorhanden, die Autofahrer mit einer derartigen „Steuerfolter“ zu belegen.

Diese Steuerpolitik macht die Union nicht mit! Die Koalition und der Bundeskanzler halten an der Zusage fest, keine Steuer-mehrbelastungen der Bürger in dieser Legislaturperiode vorzunehmen, vielmehr sind die schrittweise Reduzierung der Staatsquote konsequent durchzusetzen. ■

RWI: Konjunktur gewinnt an Fahrt

Bereits in den kommenden Monaten wird die Konjunktur nach einer Prognose des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsförderung (RWI) nach einer Verschnaufpause wieder Fahrt gewinnen. Für das zweite Quartal erwarteten die Wirtschaftsforscher

noch eine „relativ verhaltene Aufwärtsentwicklung“.

Der nach der Konjunkturabschwächung des vergangenen Jahres verbreitete Pessimismus vieler Beobachter ist nach Auffassung des Instituts unbegründet.

Alter von zwei Jahren erstattet. Für „Vortäuscher“ eine abschreckende Maßnahme.

Als weiteren Schritt zur Eindämmung des Kfz-Diebstahls beabsichtigt die Bundesregierung, den Kfz-Schein fälschungssicher zu machen. Darüber hinaus erarbeitet die Bundesregierung derzeit mit der Versicherungswirtschaft ein Konzept, durch das die Manipulation an Fahrzeugen besser er-

kannt und „Schrottfisierungen“ verhindert werden können.

Durch gemeinsame Anstrengungen der Wirtschaft, der Politik und der Sicherheitsbehörden sind bei der Bekämpfung des Kfz-Diebstahls derartige Erfolge möglich geworden. Dieser Weg zur Eindämmung der Kriminalität muß weitergegangen werden. ■

Familienpolitik als Aufgabe aller staatlichen Ebenen

Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik der CDU hat am 4. März 1996 in Rendsburg ein Hearing „Zukunft für Familien“ durchgeführt. In der Einführung wies der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Hermann-Josef Arantz MdL, mit einem Zitat aus den Frankfurter Leitsätzen der CDU von 1945 auf den Stellenwert der Familie hin: „Ein Volk ist soviel wert, wie ihm die Familie wert ist.“

Familienpolitik als Aufgabe aller staatlichen Ebenen werde vor allem in Schleswig-Holstein vernachlässigt. Die SPD-geführte Landesregierung habe mit deutlichem Abstand die rote Laterne bei den landesspezifischen Pro-Kopf-Ausgaben in der Familienpolitik. Dem Rotstift dieser herzlosen Sparpolitik würden Ausgaben für Familien als Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft zum Opfer fallen.

Der Vorsitzende der CDU in Schleswig-Holstein und Spitzenkandidat für die Landtagswahl, MdL Ottfried Hennig, wies in seinem Referat „Familienpolitik als Querschnittsaufgabe“ darauf hin, daß es bei einer Politik für Familien nicht nur um Geld, sondern um die richtige geistige Einstellung zur Familie gehe. Die SPD in Schleswig-Holstein werde weder ihrer materiellen noch der wertorientierten Verantwortung gegenüber Familien gerecht.

Hennig erwähnte Beispiele aus der Bilanz der Fehler und Versäumnisse der SPD-Familienpolitik. Der Versorgungsgrad mit Kindergarten- und Kinderbetreuungsplätzen sei heute mit 66 Prozent deutlich unter dem Stand von 1988, dem Jahr des Regierungswechsels. Damals betrug er 80 Prozent.

Der Stiftung „Familie in Not“ entzog die SPD die finanzielle Unterstützung. Das gleiche Schicksal blieb den Familienbildungsstätten nur erspart, weil sie sich mit Unterstützung der CDU gegen diesen gnadenlosen Kahlschlag wehren konnten. Die Landesregierung versage außerdem als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst bei der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gerade Frauen seien aber auf Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeitmodelle angewiesen. Bei der Pflegeversicherung habe das Land die zugesagten Investitionen in die Pflegeinfrastruktur bisher nicht getätigt. Die CDU werde bei einem Wahlsieg am 24. März ihre Politik zur Stärkung der Familien konsequent umsetzen. „Der Umgang der Gesellschaft mit Familien und Kindern zeigt das wahre Gesicht einer Gesellschaft.“

Birgit Schnieber-Jastram MdB, Stellvertretende Vorsitzende der CDU Hamburg, ging in ihrem Referat „Gestaltungsspielräume einer künftigen Familienpolitik“ zunächst auf die eindrucksvolle Leistungsbilanz der CDU-geführten Bundesregierung in der Familienpolitik ein. Die CDU-geführte Bundesregierung habe nicht nur zum Jahresbeginn 1996 im Rahmen des Familienleistungsausgleichs das Kindergeld deutlich erhöht und für die steuerliche Befreiung des Existenzminimums eines Kindes gesorgt (Wahlrecht), sondern das Erziehungsgeld, den Erziehungsurlaub, die Berücksichtigung der Kindererziehung im Rentenrecht, die Ausweitung der Hilfen für Alleinerziehende in Form des erhöhten Mehrbedarfzuschlags, des erweiterten Unterhaltvorschlusses usw. eingeführt. Außerdem konnte zum Beginn dieses Jahres der Rechtsanspruch auf ei-

Die Freilassung von zwei Heroindealern ist ein Skandal

Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) hat die Freilassung zweier dringend des Heroinhandels verdächtiger Türken in Hessen als „Skandal“ bezeichnet. Kanther sagte in Wiesbaden, die Freilassung dieser Untersuchungshäftlinge sei ein „eklatantes Beispiel für die Justizmiserie in Hessen“.

Nach Ansicht Kanthers ist dieser Fall „besonders gravierend“, weil die beiden Männer mit Rauschgift in schwerster Form Handel getrieben hätten und der Haftgrund der Fluchtgefahr weiterhin bestehe. Nach den Worten des Bundesinnenministers haben „unsere Bürger für solche Entscheidungen überhaupt kein Verständnis mehr“.

„Unglaublich“ nannte Kanther die Reaktion des hessischen Justizministers, von Plottnitz (Bündis 90/Die Grünen), der sich lediglich „überrascht“ gezeigt und die Verantwortung auf die Landgerichtspräsidenten abgewälzt habe.

Nach Auffassung des Bundesinnenministers ist Plottnitz dafür verantwortlich, daß den Gerichten sowohl in personeller als auch in rechtlicher Hinsicht die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden, um ihre Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen. Das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat werde erschüttert, wenn Verbrecher aus Personalmangel nicht angeklagt würden oder Bürger auf gerichtliche Entscheidungen jahrelang warten müßten. ■

nen Kindergartenplatz endlich verwirklicht werden.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung auf Bundesebene gelte es, weitere, auch finanzielle, Anstrengungen für Familien zu unternehmen, beispielsweise im Wohnungsbau und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Familienpolitik müsse als gesellschaftliche Strukturpolitik verstanden werden.

Gudrun Hunecke, Vorsitzende der Frauenunion Schleswig-Holstein, betonte das Prinzip der Subsidiarität, nach dem die Familie als Fundament, als Keimzelle unserer Gesellschaft zu betrachten sei. Die Familie erfahre durch das Grundgesetz einen besonderen Schutz. Die „neuen Aufgaben der Familienpolitik“ seien eigentlich die alten und würden vor allem von der Landesregierung in Schleswig-Holstein sträflich vernachlässigt.

MdB Anke Eymer, Stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, widmete sich in ihren Ausführungen vor allem dem Arbeitsmarkt. So müsse beispielsweise die Frage gestellt werden, warum etwa 40 Prozent der Schüler das Gymnasium besuchten. Kürzere Ausbildungszeiten und ständiges Lernen seien die Voraussetzung für zukunftssichere Arbeitsplätze gerade für junge Menschen.

Ottfried Hennig schloß die Veranstaltung mit dem Bekenntnis der Landespartei, daß es jetzt darum gehen müsse, die längst überfälligen Schritte zur materiellen und immateriellen Förderung der Familie in die Wege zu leiten. Auch dafür werde die CDU in Schleswig-Holstein bis zum 24. März und über den Wahltag hinaus kämpfen.

Das neue Kindschaftsrecht im Kabinett verabschiedet

Am 28. Februar 1996 hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Reform des Kindschaftsrechts verabschiedet. Die Reform des Kindschaftsrechts soll die Rechtsstellung der Kinder verbessern. Deshalb stehen konsequent die Interessen der Kinder im Mittelpunkt des Regierungsentwurfs. Künftig soll es keine rechtlichen Unterschiede mehr zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern geben.

Die wichtigsten Neuregelungen im Kindschaftsrecht sind:

- Nicht miteinander verheiratete Eltern können in Zukunft die gemeinsame elterliche Sorge übertragen bekommen, wenn beide es wünschen. Ist dies nicht der Fall, hat die Mutter das Sorgerecht. Ein Wechsel der Sorge zum Vater ist nur mit Zustimmung der Mutter und nach Prüfung des Kindeswohls möglich.

- Bei Scheidung bleibt das gemeinsame Sorgerecht erhalten, solange kein Elternanteil die alleinige Sorge beantragt. Darüber entscheidet dann das Familiengericht im Sinne des Wohls des Kindes. Diesem kann ein „Anwalt“ – zum Beispiel ein Sozialarbeiter, Psychologe oder Verwandter – zur Wahrung seiner Interessen im Scheidungsverfahren vom Gericht zur Seite gestellt werden.

- Auch bei gemeinsamer Sorge erhält der Elternteil, bei dem das Kind lebt, eine Alleinentscheidungsbefugnis für alle Fragen des täglichen Lebens. Nur in grundsätzlichen Fragen ist die Zustimmung des anderen Elternteils erforderlich.

- Auch nichteheliche Väter sollen nach einer Trennung ein Umgangsrecht erhal-

ten, das vom Gericht ausgestaltet werden kann. Großeltern, Geschwister und andere Verwandte können ein Umgangsrecht bekommen. Einschränkungen sind nur zum Wohl des Kindes erlaubt.

- Während oder kurz nach einer Scheidung geborene Kinder sollen rechtlich nicht mehr dem früheren Ehemann zugeordnet werden. Es reicht, wenn alle Beteiligten die Vaterschaft des neuen Partners der Mutter anerkennen.

Bundesfamilienministerin Claudia Nolte zur Reform des Kindschaftsrechts:

Das neue Kindschaftsrecht stärkt die gemeinsame Elternverantwortung. Eltern bleiben Eltern, auch wenn sie als Paar auseinandergehen. Ich gehe davon aus, daß über die Ausgestaltung der elterlichen Sorge im Laufe der parlamentarischen Beratungen noch intensiv diskutiert werden wird. Dabei sollten uns zwei Grundsätze leiten:

- Alle Kinder haben ein Recht auf bestmögliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist der regelmäßige Kontakt zu beiden Eltern.

- Eltern sind erfahrungsgemäß die besten Garanten für das Wohlergehen ihrer Kinder. Deshalb sollten wir ihnen auch im Konfliktfall zunächst zutrauen, für sich und ihre Kinder eine ihrer Lebenssituation angemessenen Lösung zu finden.

Anlaß der Reform

Das Bundesverfassungsgericht hat eine Reihe von Vorschriften auf dem Gebiet des Kindschaftsrechts für verfassungswidrig erklärt. Insbesondere hat es ge-

Eine Jugendkarte mit Pfiff

Am 11. März 1996 wird in Deutschland die Jugendkarte Euro<26 eingeführt. Mit der Karte können junge Leute im Alter von 12 bis 26 Jahren künftig in Deutschland und 26 anderen europäischen Ländern bzw. Regionen Vergünstigungen bei bestimmten Tourismus-, Sport-, Freizeit- und Kulturangeboten sowie bei Reisen in Anspruch nehmen.

Die Jugendkarte geht auf Empfehlungen des Europarates und der europäischen Jugendminister zurück. Euro<26 soll dazu beitragen, daß Jugendliche die Vielfalt Europas erleben können und einander über die Grenzen hinweg besser kennen- und verstehen lernen.

Die Angebotspalette für Inhaber der Jugendkarte in Deutschland reicht

von freiem Eintritt in Museen oder Diskotheken über Ermäßigungen auf Reisen und in Hotels bis hin zu speziellen Euro<26-Veranstaltungen wie Vorab-Aufführungen der neuesten Kinofilme, Touren zu Konzerten von Rockbands wie z. B. Simply Red, Sting oder Bon Jovi. Daneben können deutsche Euro<26-Inhaber ähnliche Angebote und zahlreiche weitere Vergünstigungen auch in den europäischen Ländern nutzen, in denen die Jugendkarte bereits eingeführt ist.

Die Jugendkarte Euro<26 kann zum Preis von 30 Mark pro Jahr ab 11. März 1996 über die Telefonnummer 01 80-5 13 26 26 bestellt werden. Antragsformulare gibt es auch in allen Geschäftsstellen der Dresdner Bank.

schiedenen Eltern die Möglichkeit eröffnet, auch nach der Scheidung die gemeinsame Sorge für ihre Kinder beizubehalten. Es hat mit einer Entscheidung aus dem Jahre 1991 den Gesetzgeber aufgefordert, die gemeinsame Sorge auch nicht miteinander verheirateter Eltern zuzulassen. Die Reform trägt auch den Anforderungen der UN-Kinderkonvention Rechnung.

Bisher geltendes Recht

Nach bisher geltendem Recht wird in jedem Scheidungsverfahren vom Familiengericht festgelegt, wie die elterliche Sorge für ein gemeinschaftliches Kind geregelt wird (§ 1671 BGB). Das gemeinsame Sorgerecht ist möglich nach Scheidung, so-

fern ein gemeinsamer Antrag der Eltern vorliegt und festgestellt wird, daß das gemeinsame Sorgerecht dem Kindeswohl nicht entgegensteht.

Bei nicht verheirateten Paaren gilt die ledige Mutter als die allein Erziehungsrechtige. Der Vater hat keine Rechte.

Nach Angaben des Bundesjustizministeriums haben zur Zeit 17,1 Prozent der geschiedenen Paare ein gemeinsames Sorgerecht, in Westdeutschland doppelt so viele wie in Ostdeutschland. Der Anteil nicht-ehelicher Kinder lag 1994 im alten Bundesgebiet bei 12,4 Prozent, in den neuen Ländern bei 41,4 Prozent.

Das Gesetz wird nach Beratungen im Bundestag und im Bundesrat voraussichtlich 1997 in Kraft treten.

Bundestag billigt Änderung bei der Anpassung der Ostrenten

Rentenerhöhung in Ostdeutschland werden künftig ebenso wie im Westen nach der tatsächlichen Entwicklung der Löhne und Gehälter im Vorjahr berechnet. Das hat der Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Opposition beschlossen.

Bisher wurden die Renten in den neuen Bundesländern entsprechend der vorausgeschätzten Lohnentwicklung im laufenden Jahr angehoben. Die Bonner Koalition kann dieses Gesetz ohne die Zustimmung des Bundesrates durchsetzen. Die Höhe der Rentenanpassung zum 1. Juli 1996 soll nach der neuen Berechnungsgrundlage festgelegt werden, wenn das Statistische Bundesamt im Laufe dieses Monats die Daten über die Lohnentwicklung 1995 bekanntgibt.

Auf Kernbereich beschränkt

Nach einem weiteren Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen bisherige Begrenzungen des Einkommens, das bei der Rentenberechnung für Mitglieder von Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der früheren DDR berücksichtigt wird, nur noch für ehemalige hauptberufliche Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes sowie für Personen ab der Funktion eines Hauptabteilungsleiters (Gehaltsstufe E3) gelten. Unter die gleiche Regelung sollen Personen in vergleichbaren Gehaltsstufen in anderen Bereichen wie bei der Nationalen Volksarmee, der Volkspolizei, dem Zoll, den Parteien oder bestimmten gesellschaftlichen Organisationen fallen.

Damit werde die Zahl der Fälle, in denen Einkommensbegrenzungen vorzunehmen sind, auf den Kernbereich der Personen

beschränkt, die nach Auffassung der Bundesregierung für die Zustände in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der ehemaligen DDR Verantwortung oder Mitverantwortung getragen haben, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU).

Krüger: Unsere Initiativen

Während bisher die Einkommensbegrenzungen für etwa 100.000 der 440.000 Renten der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme außer der Staatssicherheit gelten, würden solche Begrenzungen künftig nur noch für etwa 25.000 Personen gelten. Die Kosten der Rentensteigerungen für die DDR-Staatsdiener aufgrund dieser Neuregelung summieren sich in den nächsten Jahren auf Milliardenbeträge. Sie werden vom Bund zu knapp 30 Prozent und zu gut 60 Prozent von den ostdeutschen Bundesländern getragen.

Der Sprecher der Unionsabgeordneten aus den neuen Ländern im Bundestag, Paul Krüger, erklärte zur Verabschiedung des Gesetzentwurfes zur Neuregelung der Ansprüche aus den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR durch das Bundeskabinett: Dieses Änderungsgesetz beruht im wesentlichen auf einem Initiativantrag, den unsere Gruppe bereits Anfang Oktober letzten Jahres in den Bundestag eingebracht hatte. Kernpunkt der Neuregelung ist, daß künftig eine Begrenzung des Einkommens bei der Rentenberechnung nur noch bei Überschreitung einer deutlich heraufgesetzten Einkommensgrenze erfolgt. Damit hat die Gruppe ihre wichtigste Forderung durchgesetzt, da dies zu einer wesentlichen Verringerung des Betroffenenkreises führt. ■

Arbeitsplätze schaffen Renten sichern

Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften ziehen mit dem Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung an einem Strang. Das gemeinsame Ziel heißt: bis zum Jahr 2000 die Arbeitslosigkeit halbieren. Die Bundesregierung hat deshalb im Rahmen ihrer Verantwortung das »Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze« beschlossen. Es enthält 50 konkrete Schritte zu mehr Arbeitsplätzen.

Keine Arbeit ohne Arbeit-Gebende

Deshalb steht an erster Stelle des Aktionsprogramms eine „Offensive für unternehmerische Selbständigkeit und Innovationsfähigkeit“. Damit will die Bundesregierung eine neue Gründerwelle anstoßen und so die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen schaffen. Die Bundesregierung will ihren

Beitrag zur Senkung der Lohnzusatzkosten leisten und damit Arbeitsplätze in Deutschland wettbewerbsfähiger machen. Die Unternehmensteuerreform wird sie weiter voranbringen und Weichen für neue Arbeitsplätze in Wachstumsfeldern stellen. All dies trägt dazu bei, daß Deutschland ein attraktiver Wirtschaftsstandort mit sicheren Arbeitsplätzen bleibt.

Arbeit und Rente gehören zusammen

Je mehr Beschäftigte in die Rentenversicherung einzahlen, um so stabiler ist das Fundament der Alterssicherung. Die heute Erwerbstätigen finanzieren mit ihren Beiträgen zur Rentenversicherung die Renten der Älteren. Arbeitsplätze schaffen, Renten sichern, dafür müssen wir gemeinsam handeln. Deshalb ist das Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung auch ein Pakt für mehr Rentensicherheit.

Gemeinsamkeit schafft Sicherheit für die Renten



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

CDU am Ball

Das Fußballereignis des Jahres findet in diesem Jahr in England statt. Vom 8. bis 30. Juni spielen die 16 besten Nationalteams Europas um den EM-Titel. Und die CDU ist mit am Ball mit dem EM-Kalender 1996. Das Vorwort von Bundeskanzler Helmut Kohl, ausführliche Informationen über unsere Mannschaft, unsere Gegner und den Spielmodus finden Sie dort selbstverständlich, ebenso natürlich die Spielpläne. Der EM-Kalender bietet aber noch mehr: Ein Preisausschreiben mit attraktiven Gewinnen. Greifen Sie jetzt zu und zeigen Sie, daß die CDU immer am Ball ist.

Der EM-Kalender ist ab sofort beim IS-Versandzentrum, Postfach 11 64, 33759 Versmold, Fax (0 54 23) 4 15 21, abrufbar.

Bestellnummer: 2137

Verpackungseinheit: 500 Exemplare

Verkaufspreis je Einheit: 40,- DM

Fußball-Europa-meisterschaft

8. bis 30. Juni 1996
England



CDU

›News‹ zur Fußball-EM

Die **deutsche Mannschaft** wird **in Manchester im Mottram Hall Hotel**, nur 22 km vom Stadion entfernt, wohnen. Das Haus hat 133 Zimmer und liegt **in einer Golfanlage**.

Das **Stadion „Old Trafford“ in Manchester**, in dem die deutsche Mannschaft ihre Vorrundenspiele austrägt, ist mit einer Kapazität von 55.300 Zuschauern das **zweitgrößte Stadion** in England.

Die **gelben Karten** aus den Qualifikationsspielen **behalten ihre Gültigkeit**. Das bedeutet, daß die Nationalspieler Jürgen Klinsmann und Steffen Freund im ersten Spiel der Vorrunde Deutschland gegen Tschechien gesperrt sind.

Für die EM 1996 stehen insgesamt **1,3 Millionen Karten** zur Verfügung. Jedes Teilnehmerteam erhält pro Spiel 7.000 und für das Finale 11.000 Tickets.

Schöpfung bewahren

Das neue Umweltmagazin der CDU Deutschlands gibt auf 36 Seiten einen Überblick über die umweltpolitischen Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung. Große Fotos und prägnante Texte informieren und regen zugleich zum Nachdenken über das persönliche Umweltverhalten an.

Der Themenbogen ist weit gespannt. Das Magazin greift alle relevanten Umweltthemen auf: die Klimaentwicklung, die Abfallentsorgung, die moderne Energiegewinnung und umweltfreundliches Bauen ebenso wie den Landschaftsschutz und den Wirtschaftsfaktor Umwelttechnologie.



In der Umwelttechnologie ist Deutschland Spitze. Schon heute haben sich mehr als 4 000 Firmen auf diesem Gebiet spezialisiert. 700 000 Menschen sind hierzulande im Umweltschutz tätig, davon 400 000 in der Produktion von Umweltschutzgütern. Bei Fortsetzung des marktwirtschaftlichen Ansatzes der Umweltpolitik und der bisherigen Dynamik können 1,1 Millionen Arbeitsplätze – vor allem in mittelständischen Betrieben – entstehen.

Die Politik der CDU bedeutet Verantwortung für die Zukunft. Sie wird in dem neuen Umweltmagazin eindrucksvoll präsentiert.

Bestellnummer:

2130

Verpackungseinheit:

25 Exemplare

Preis je

Verpackungseinheit:

22,50 DM

Wachstum ohne Ende



Ein Republik in Deutschland. Irgend-
wo. Manchmal ein Kirschenbaum. Bei
guter Ernte bringt so ein Baum gute
3 Zentner. Was die Vögel nicht weg-
fressen, erntet der Mensch. Natürlich,
die Ernte wandert nachts über. Jede
Frühling. Ein zweiter Kirschenbaum. Man
kann ihn im Süden nicht im Süden.
Und der Reppacker? Ein Energiefeld
pas. Die wasserfreie Tankstelle der
Welt. Zu Treibstoff verarbeitet. Kin-
to es ein Auto vorzubereiten. Bei guter
Ernte bringt so ein Acker 100.000 Ki-
lometer Fahrleistung. Dabei können
man zweijährlich mal ein der Aquator
fahren. Natürlich hat noch ein
Mensch ein wenig. Auch die Aquator
aufzuheben. Und überdies auch der
Rückkehr. Hier der Reppacker nach
gewaschen. Einfach so. Die Urak 196
wie nicht im Süden.

Hier stehen 4 Zentner Kirschen und 100.000 km Fahrleistung

NEU IM ANGEBOT!

Familienleistungsausgleich, Erwerb von Wohn-
eigentum, Mutterschutz – dies sind nur einige
Beispiele für weiter verbesserte familienpoliti-
sche Leistungen der Bundesregierung.
Die Neuregelungen in der Familienpolitik hat die
CDU-Bundesgeschäftsstelle in einem Falblatt
zusammengefaßt. Anschaulich und mit Beispie-
len versehen werden die einzelnen Bereiche
vorgestellt.

Bestellnummer: 2131

Verpackungseinheit: 100 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit: 20,- DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 11 64
33759 Versmold • Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von
50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe
von 5 DM erhoben.)

Gute Nachrichten für Familien!

... **F**amilienleistungs-

ausgleich ...

... **E**rwerb von

Wohneigentum ...

... **M**utterschutz ...

CDU

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

ROT-GRÜN

Das Bündnis gegen Arbeit!



**WIR
GESTALTEN
ZUKUNFT** **CDU**

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

8/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 5440, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. Vertrieb:
Tel. (0228) 5307-189. Verlagsleitung: Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~wa~~ Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.